



An die  
E-Control

Per Mail an: [recht-post@e-control.at](mailto:recht-post@e-control.at)

In Kopie an: [dorit.primus@e-control.at](mailto:dorit.primus@e-control.at)  
(Vorsitzende der Regulierungskommission)

Amt der Wiener Landesregierung  
MA 64 | Lerchenfelder Straße 4  
1080 Wien  
Telefon +43 1 4000 89919  
Fax +43 1 4000 99 89910  
[post@ma64.wien.gv.at](mailto:post@ma64.wien.gv.at)  
[wien.gv.at/ma64](http://wien.gv.at/ma64)

MA64-1416755-2025-9

Entwurf einer Verordnung der Regulierungs-  
kommission der E-Control, mit der die Gas  
Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013  
geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-  
Verordnung 2013 – Novelle 2026)  
Stellungnahme

Wien, am 12. November 2025

Termin: 14. November 2025

Vorher zur Einsicht:

Frau Vizebürgermeisterin und  
amtsführende Stadträtin für  
Wohnen, Wohnbau, Stadterneue-  
rung und Frauen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Begutachtungsentwurf der Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Gas Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird (Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2026) wird nachfolgende Stellungnahme erstattet:

## **1. Allgemeine Anmerkungen**

Einleitend wird angemerkt, dass aufgrund der umfassenden Änderungen, die Begutachtungsfrist zu knapp bemessen ist, um sachorientiert eine umfassende rechtliche Stellungnahme abgeben zu können. Zudem ist das zu Verfügung gestellte Material für eine umfassende Beurteilung nicht ausreichend. Viele Änderungen, die erst kurzfristig mit dem vorliegenden Entwurf bekannt wurden, machen etliche Vorarbeiten und Klärungen zur praktischen Umsetzung erforderlich.

Per 1. Jänner 2025 sind – im Vergleich zum Kalenderjahr 2024 - die Netzentgelte für Erdgas im Österreich- Schnitt um 16,6 % (netto) gestiegen. Nach dem Begutachtungsentwurf für die Festlegung der Netztarife 2026 wird es neuerlich zu einer massiven Erhöhung der Netzentgelte in allen Netzbereichen kommen. Im Bundesdurchschnitt wird das Netznutzungsentgelt in der Netzebene 3 um 18,2 %

gegenüber dem Kalenderjahr (2025) steigen. In absoluten Zahlen steigt das Netzentgelt im Bundesdurchschnitt von € 352,40 auf € 416,39 pro Jahr (Nettobetrag). Die Netto-Mehrkosten im Vergleich zu 2025 betragen rund € 5,00 im Monat. Für den Netzbereich Wien werden die Netzentgelte bei einem im Begutachtungsentwurf angenommenen Jahresverbrauch von 15.000 kWh per 1. Jänner 2026 um 17,3 % steigen. In absoluten Zahlen erhöht sich das Entgelt von € 410,60 pro Jahr (2025) auf 481,67 Euro pro Jahr (2026). Wien ist damit das Bundesland mit den zweithöchsten Gesamtbelastungen in Österreich. Die Mehrkosten pro Monat werden für einen Wiener Haushalt rund € 6,00 pro Monat betragen.

Ab 2022 hat sich der Gassektor ganz wesentlich verändert. Zug um Zug wurden die Lieferungen von Pipeline-Erdgas an Mitgliedstaaten der Union reduziert. Dies führte dazu, dass in den letzten Jahren Transiteinnahmen der beiden österreichischen Fernleitungsnetzbetreiber stark reduziert sind und die Kosten des Fernleitungsnetzes seit ungefähr zwei Jahren fast ausschließlich von den österreichischen Gaskund\*innen (inklusive der Kosten für die Einspeicherung von Erdgas) zu tragen sind. Zweitens sind die Verbrauchsmengen aller österreichischer Erdgaskund\*innen in den letzten drei Jahren aus unterschiedlichen Gründen (höhere Außentemperaturen in der Heizperiode, Einsparungen der Erdgaskund\*innen sowie konjunkturelle Effekte) um rund 20 Terawattstunden im Jahr gesunken.

Grundsätzlich scheint die Erhöhung der Netznutzungsentgelte im Erdgassektor daher nachvollziehbar. Eine höhere Kostenbasis und das stark reduzierte „Mengengerüst“ ergeben ein stark steigendes Netznutzungsentgelt je Kilowattstunde. Dennoch sind aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen jegliche weitere Erhöhungen in nicht betroffenen Segmenten zu vermeiden. Eine Erhöhung der Kosten für Heizen mit Gas führt in Folge zur Erhöhung von Fernwärme-, Holz-, Pellet- und Heizölpreisen. Dieser Effekt hat sich insbesondere bei den hohen Knappheitspreisen kurz nach Kriegsbeginn sehr deutlich gezeigt. Es geht daher nicht nur darum, die Netzgebühren isoliert zu beurteilen, sondern die Gesamtauswirkung auf die Heizkosten im nächsten Winter und deren Wirkung auf die Inflation zu berücksichtigen.

## **2. Stabilisierung der Entgelte als vorrangiges Ziel**

Aufgrund der gegebenen Rahmenbedingungen und der kritischen Netzentgeltsituation sollten unverzüglich alle möglichen Maßnahmen geprüft werden, insbesondere jedoch die Einleitung der Stabilisierung beim Netznutzungsentgelt.

Auf die Stellungnahme des Landes Wien zum „Entwurf einer Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert wird (SNE-V 2018 - Novelle 2026)“ (zur GZ: MA64-1416678-2025-11) wird hingewiesen. Darin wird für den Stromsektor festgehalten, dass der Einsatz des Regulierungskontos für die Dämpfung von Netztarifsteigerungen für 2026 eine sinnvolle Maßnahme sein kann.

Eine derartige Vorgehensweise sollte auch für den Bereich der Gasnetztarife geprüft werden, um einem Anstieg der Preise entgegenzuwirken. Ähnlich wie im Strombereich (§ 50 ElWOG 2011) ist jedoch insbesondere zu prüfen, ob diese Vorgehensweise durch § 71 GWG 2011 gedeckt ist.

Diese Vorgehensweise kann zwar dazu führen, dass das Regulierungskonto bei den Netzbetreibern negativ wird, weil hier keine großen Versteigerungserlöse vorliegen. Dies scheint aber gerechtfertigt und ohne Schaden für die Netzbetreiber möglich, weil das Regulierungskonto wieder aufgerollt wird und die Mittel somit nicht verloren gehen, sondern der Steigerungseffekt geglättet wird.

Der Einsatz des Regulierungskontos sollte in einem Ausmaß erfolgen, dass eine nur einstellige Netzkostensteigerung bei Gas erreicht wird. Nachdem die Heizungsrechnungen für Gas zu rund einem Drittel aus Netzgebühren bestehen, könnte damit eine inflationssenkende Wirkung herbeigeführt werden.

### **3. Starker Anstieg der Kosten für Netzebene 2 und Auswirkung auf KWK-Anlagen**

Besonders stark fällt die Erhöhung in der Netzebene 2 aus: Laut Berechnungen beträgt der durchschnittliche Anstieg 26,9 %, für Wien sogar 53,8 %. Damit verzeichnet Wien – nach Salzburg (+ 67,6 %) – im Bundesländervergleich den zweithöchsten Anstieg. Der starke Anstieg der Systemnutzungstarife in der Netzebene 2 in Wien betrifft in erster Linie KWK Anlagen, die gleichzeitig Strom und Fernwärme erzeugen, und führt damit zu einer direkten Verteuerung der Fernwärme- und Stromerzeugung. Diese Anlagen beziehen Gas über Netzebene 2 und tragen bereits hohe Netzentgelte, während die daraus erzeugte Wärme über das Fernwärmenetz an Endkund\*innen weitergegeben wird. Es wird daher angeregt, im Zuge der Überarbeitung der GSNE-VO die Systematik der Kostenwälzung zu überprüfen und die überproportional hohe Steigerung der Kostenbelastung der Netzebene 2 in Wien zu überprüfen.

Mag. Matthias Fliedl  
Telefon +43 1 4000 89929

Mit freundlichen Grüßen  
Die Dienststellenleiterin:

(elektronisch gefertigt)

Mag. Christina Pass-Dolezal

#### Nachrichtlich an:

Magistratsdirektion Recht (zur GZ: MDR-1403099-2025-3)  
Magistratsdirektion - Geschäftsbereich Bauten und Technik  
Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit, Gruppe SVS  
Magistratsabteilungen 5 und 20  
Magistratsdirektion – Bereichsleitung Klimaangelegenheiten  
Wiener Stadtwerke GmbH

